

Protokoll

des Einwohnerrats Zofingen

Amtsperiode 2022–2025

4. Sitzung 2025

Datum	Montag, 15. September 2025
Zeit	18.00 – 20:28 Uhr
Ort	Stadtsaal
Vorsitz	Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident
Protokollführer	Patrick Siegrist, Einwohnerratssekretär
Anwesend	39 Mitglieder des Einwohnerrats Affentranger Thomas (Grüne), Einwohnerrat ^{5, 6} Anderegg Simon (SP), Einwohnerrat Böni Rainer (FDP/ZM), Einwohnerrat ⁵ Brünisholz Joël (Grüne), Einwohnerrat Burkard Karin (Grüne), Einwohnerrätin Fumagalli Carla (glp), Einwohnerrätin ⁶ Gaberthüel Adrian (FDP/ZM), Einwohnerrat Gassner Rahel (SVP), Einwohnerrätin Graf Michèle (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin Grossenbacher Fabian (SVP), Einwohnerrat ³ Gygax Attila (glp), Einwohnerrat Hostettler Matthias (Grüne), Einwohnerrat ¹ Hottiger Tobias (FDP/ZM), Einwohnerrat Kast Jürg (Grüne), Einwohnerrat Keller Thomas (FDP/ZM), Einwohnerrat Kirchhofer André (FDP/ZM), Einwohnerrat Koechlin Ronni (FDP/ZM), Einwohnerrat Kremer Franziska (SP), Einwohnerrätin ⁶ Lehmann Yvonne (SP), Einwohnerrätin Lerch Raphael (SVP), Einwohnerrat ⁵ McNaught Salome (SP), Einwohnerrätin ^{3, 4} Müller Maik (FDP/ZM), Einwohnerrat ^{4, 6} Nadler Daniela (SVP), Einwohnerrätin ⁵ Negri Marco (SVP), Einwohnerrat ⁶ Plüss Andrea (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin Scheidegger Elisa (SP), Einwohnerrätin ⁴

Schifferle Zeno (EVP-Die Mitte), Einwohnerrat
Schindler René (SVP), Einwohnerrat
Schnider Christian (glp), Einwohnerrat
Schürch Claudia (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin^{5, 6}
Senn Ammann Yolanda (Farbtupfer), Einwohnerrätin
Sjöberg Anders (glp), Einwohnerrat⁵
Sommer Alice (Grüne), Einwohnerrätin
Sommer Hans Rudolf (SP), Einwohnerrat⁵
Wacker Michael (SP), Einwohnerrat⁵
Willisegger Barbara (SVP), Einwohnerrätin
Wyss Flavio (FDP/ZM), Einwohnerrat²
Zinniker Béatrice (FDP/ZM), Einwohnerrätin⁵
Zobrist Luc (FDP/ZM), Einwohnerrat

Entschuldigt Szedlák Stéphanie (EVP-Die Mitte)

Legende

- ¹Präsident
- ²Vizepräsident
- ³Stimmzähler/in Einwohnerrat
- ⁴Stimmzähler/in Wahlbüro
- ⁵Mitglied FGPK
- ⁶Fraktionspräsident/in

Verteiler Mitglieder des Einwohnerrats
Mitglieder des Stadtrats

Publiziert am 7. November 2025 auf www.zofingen.ch.

Traktanden	Seite
1. Mitteilungen	5
2. ER.2025.021 Ersatzwahl eines Stimmzählers/einer Stimmzählerin des Wahlbüros für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022-2025 (§ 4 Abs. 2 GO)	10
3. Einbürgerungen ER.2025.022–ER.2025.027	11
4. ER.2025.028 Überbauung Untere Vorstadt – Einräumung eines Baurechts	13
5. ER.2025.031 Abfallreglement – Revision	14
6. ER.2025.012 Interpellation von Michael Wacker (SP) vom 17. März 2025 betreffend "Finanzielle Auswirkungen des ersten Umsetzungspakets der Steuergesetzrevision und der Abschaffung des Eigenmietwerts auf die Gemeinde Zofingen"; Beantwortung Stadtrat	18
7. ER.2025.013 Interpellation von Michael Wacker (SP) vom 17. März 2025 betreffend "Strompreise in Zusammenhang mit der Einspeisevergütung der StWZ"; Beantwortung Stadtrat	18
8. ER.2020.165 Postulat von Gian Guyer (Grüne) vom 23. November 2020 betreffend "Erstellen eines Baumkonzepts"; Bericht Stadtrat	19
9. Haltung Stadtrat zu drei Postulaten betreffend Immobilienstrategie	21
ER.2021.215 Postulat von Béatrice Zinniker (FDP) vom 22. November 2021 betreffend "Immobilienstrategie und Verschuldungssituation Einwohnergemeinde Zofingen"	
ER.2024.031 Postulat von Hans Rudolf Sommer (FGPK) vom 24. Juni 2024 betreffend "Immobilienstrategie"	
ER.2024.042 Postulat von Raphael Lerch (SVP) vom 25. November 2024 betreffend "Prüfung von Verkäufen von Liegenschaften des Finanzvermögens"	

- | | |
|---|----|
| 10. ER.2025.033 | 24 |
| Postulat von René Schindler (SVP) vom 15. September 2025 betreffend "Erhöhung der Sicherheit durch verstärkte Polizeipräsenz und Kameraüberwachung an neuralgischen Orten"; Neueingang mit Antrag auf dringliche Behandlung | |
| 11. Umfrage | 28 |

Traktandum 1 – Mitteilungen

Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident,
begrüsst die im Saal anwesenden Personen zur heutigen Sitzung.

Für die heutige Sitzung hat sich Stéphanie Szedlák entschuldigt. Joël Brünisholz, Karin Burkard und Yvonne Lehmann treffen später ein.

Der Rat ist **aktuell mit 36 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Der Präsident stellt die Traktandenliste zur Diskussion.

Marco Negri, Einwohnerrat

Die SVP-Fraktion beantragt, die Einwohnerratsvorlage ER.2025.028 zur Überbauung der Unteren Vorstadt und zur Einräumung eines Baurechts von der Traktandenliste zu nehmen und in der nächsten Sitzung zu behandeln. Das Geschäft sei komplex, nicht alltäglich, aber von grosser Bedeutung über Generationen hinweg und müsse seriös geprüft werden. Der Entwurf des Baurechtsvertrags sei erst am letzten Montag, wenige Stunden vor der Fraktionssitzung, eingetroffen. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem umfangreichen Vertragswerk sei in der kurzen Zeit nicht möglich gewesen. Die Fraktion habe über 40 Fragen an den Stadtrat übermittelt und wolle die Antworten abwarten, um eine fundierte Entscheidung zu treffen. Eine Verschiebung sei auch für andere Fraktionen zumutbar, da die Behandlung einfach in der nächsten Sitzung erfolge. Sollte der Antrag abgelehnt werden, werde die Fraktion ihre Fragen in der aktuellen Sitzung stellen.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Der Stadtrat betont die zentrale Bedeutung der unteren Vorstadt als Schlüsselareal und verweist auf den langen, sorgfältigen Entwicklungsprozess des Projekts. Fachleute seien beigezogen worden, und die Einräumung des Baurechts bilde nun einen Grundsatzentscheid. Am 4. Juni 2025 habe eine öffentliche Informationsveranstaltung stattgefunden, zudem seien Fragen in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission beantwortet worden. Weitere Rückfragen seien ebenfalls geklärt worden. Aus Sicht des Stadtrats liegen die relevanten Fakten vor, insbesondere die vier Eckdaten gemäss Vorlage. Die über 40 Detailfragen der SVP-Fraktion seien erst um 15.30 Uhr eingetroffen; deren Inhalte und Anregungen zum Baurechtsvertrag würden aufgenommen und im Rahmen der Endverhandlungen berücksichtigt. Der Stadtrat empfiehlt, das Geschäft in der heutigen Sitzung zu behandeln.

Michael Wacker, Einwohnerrat,

kritisiert die SVP für den späten Versand ihrer Fragen zur Vorlage ER.2025.028, nur vier Stunden vor der Sitzung. Viele dieser Fragen seien bereits in der FGPK behandelt worden. Der Baurechtsvertrag sei in der FGPK intensiv geprüft und in der Fraktion diskutiert worden, wobei auch dort nicht alle Punkte Zustimmung fänden. Die heutige Entscheidung betreffe die Einräumung des Baurechts, nicht den Vertragsinhalt selbst, da dieser privatrechtlich zwischen Stadtrat und Investor ausgehandelt werde. Die Eckpfeiler seien definiert, Wünsche und Forderungen könnten eingebracht werden. Eine Verschiebung um mehrere Monate ändere am Endergebnis nichts. Der Antrag auf Abtraktandierung wird abgelehnt, das Geschäft soll heute behandelt werden.

Yvonne Lehmann trifft um 18:09 Uhr ein.

*Der Rat ist **aktuell mit 37 Mitgliedern verhandlungsfähig**.*

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Die FDP/ZM-Fraktion unterstützt mehrheitlich das Projekt zur Entwicklung der unteren Vorstadt, das aktuell klar unternutzt sei. Sie betont die Bedeutung einer fundierten Entscheidung, da das Baurecht für 90 Jahre vergeben werde. Obwohl der Stadtrat viele Fragen beantwortet habe und eine Informationsveranstaltung durchgeführt worden sei, seien im Einwohnerrat noch zahlreiche Punkte offen. Die Fraktion sieht keinen Nachteil darin, sich 1–2 Monate mehr Zeit zu nehmen, um das Geschäft sorgfältig zu prüfen. Sie anerkennt die Bemühungen des Stadtrats und lehnt Schuldzuweisungen ab. Die Verantwortung liege beim Einwohnerrat. Die FDP/ZM-Fraktion stimmt dem Antrag der SVP-Fraktion auf Abtraktandierung zu.

Claudia Schürch, Einwohnerrätin,

betont, dass keine fraktionsinterne Absprache möglich gewesen sei und die geäußerte Haltung daher persönlich sei. Die Aufgabe des Einwohnerrats bestehe darin, den Antrag zur Abgabe im Baurecht gemäss den Eckwerten unter III Ziffer 3 der Vorlage zu prüfen, nicht den Vertragsentwurf im Detail zu diskutieren. Einzelne Formulierungen zu verhandeln sei nicht zielführend. Die Andeutung, bei Nichtverschiebung müsse alles im Plenum ausdiskutiert werden, wird als unschön empfunden. Die Prüfung solle sich auf die Eckwerte konzentrieren.

Marco Negri, Einwohnerrat,

betont, dass die Eckwerte zwar zentral seien, jedoch die vertraglichen Details entscheidend zur Ausgestaltung des Baurechts beitragen. Diese Details hätten langfristige Auswirkungen, auch für künftige Generationen, und müssten daher sorgfältig geprüft werden. Es gehe nicht darum, das Projekt zu torpedieren oder Vorbehalte gegenüber dem Baurechtsnehmer zu äussern – im Gegenteil, die Fraktion unterstütze die Entwicklung der unteren Vorstadt und die Zusammenarbeit mit den aktuellen Verantwortlichen. Die Verantwortung gegenüber der Bevölkerung verlange jedoch eine kritische Prüfung des Vertrags, da gewisse Punkte als potenziell nachteilig für die Stadt erscheinen. Die Fraktion wolle Klarheit schaffen, ob diese Einschätzung zutreffe oder ob Missverständnisse vorlägen.

Anders Sjöberg, Einwohnerrat,

fragt, was die Auswirkungen sind, wenn dem Antrag auf Verschiebung zugestimmt wird und das Geschäft erst an der nächsten Einwohnerratssitzung beraten wird.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin,

erklärt, dass bei Zustimmung zum Antrag der SVP die Vorlage abtraktandiert und in einer der nächsten Sitzungen behandelt wird. Die ursprünglich geplante Sitzung vom 20. Oktober finde nicht statt, weshalb eine Behandlung frühestens im November möglich sei. Der Stadtrat werde die offenen Fragen schriftlich oder im Gespräch beantworten, viele davon seien bereits heute klärbar. Die Entscheidung des Einwohnerrats werde respektiert. Der Investor bleibe weiterhin engagiert. Ziel bleibe, das Projekt voranzubringen. Die geäußerte Absicht, nicht zu torpedieren, sondern offene Punkte zu klären, werde ernst genommen. Die Fragen seien grundsätzlich beantwortbar.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Ordnungsantrag von Marco Negri (SVP) auf Verschiebung der Beratung des Geschäfts ER.2025.028: Überbauung Untere Vorstadt – Einräumung eines Baurechts; Traktandum 4

Abstimmung

Der Antrag wird mit 19:16 (ja/nein) Stimmen angenommen.

Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident

Der Verschiebung des Geschäfts wird zugestimmt und es wird von der Traktandenliste abtraktandiert.

Karin Burkard trifft um 18:19 Uhr ein.

*Der Rat ist **aktuell mit 38 Mitgliedern verhandlungsfähig**.*

Gratulationen an Flavio Wyss und Matthias Hostettler zum Nachwuchs.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 12. Mai 2025** wurde am 27. Juni 2025 verschickt. Innerhalb der jeweiligen 10-tägigen Frist ist kein Änderungsbegehren eingegangen. Das Protokoll gilt somit als genehmigt.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 23. Juni 2025** wurde am 8. Juli 2025 verschickt. Innerhalb der jeweiligen 10-tägigen Frist ist kein Änderungsbegehren eingegangen. Das Protokoll gilt somit als genehmigt.

Gemeindewahlen Amtsperiode 2026-2029 – Stille Wahlen der Mitglieder sowie des Ersatzmitglieds der Steuerkommission mit Wirkung ab 1. Januar 2026

Steuerkommission (3 Sitze)

- Negri Marco, 1984, von Zofingen AG und Trimbach SO, Riedtalstrasse 14b, SVP bisher
 - Plüss Urs, 1970, von Murgenthal AG, Obere Brühlstrasse 3, EVP, bisher
 - Baur Lorenz, 1979, von Stocken-Höfen BE, Dorfstrasse 10, 4812 Mühlethal, Die Mitte, neu
- Ersatzmitglied Steuerkommission (1 Sitz)
- Schaufelberger Urs, 1959, von Oetwil am See ZH, Nussweg 10, SP, bisher

Tischauflagen

- Wahlzettel Ersatzwahl Stimmenzähler Wahlbüro
- Flyer Kunsthaus Zofingen

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation von Raphael Lerch (SVP) vom 15. September 2025 betreffend "Geplante öffentliche Parkierungsanlage in der Überbauung Untere Vorstadt"
- Interpellation von Rainer Böni (FDP) vom 15. September 2025 betreffend "Haltung des Stadtrats gegenüber politischen Vorstössen"
- Interpellation von Anders Sjöberg (glp) vom 15. September 2025 betreffend "Bevölkerungswachstum und seine Auswirkung auf Zofingen"
- Postulat von Hans Rudolf Sommer (SP) vom 15. September 2025 betreffend "Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden und Anlagen"
- Postulat von René Schindler (SVP) vom 15. September 2025 betreffend "Erhöhung der Sicherheit durch verstärkte Polizeipräsenz und Kameraüberwachung an neuralgischen Orten"; Antrag auf dringliche Behandlung

- Motion von Attila Gygay (glp) vom 15. September 2025 betreffend "Planungs- und Rechtssicherheit Bez"

ER.2025.033

Postulat von René Schindler (SVP) vom 15. September 2025 betreffend "Erhöhung der Sicherheit durch verstärkte Polizeipräsenz und Kameraüberwachung an neuralgischen Orten"; Antrag auf sofortige Behandlung

Eintreten ist nicht bestritten.

René Schindler, Einwohnerrat (Postulant)

Das Postulat mit Antrag auf Dringlichkeit ist allen bekannt und wurde im Voraus zugestellt. Der Antrag auf Dringlichkeit erfolgt, weil verschiedene Ereignisse und Situationen in Zofingen zu einem mangelnden Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung führen. Der Vorfall vom 4. Juli 2025 hat dieses Gefühl verstärkt und bestätigt. Nebst der Sicherheit ist eine starke Zunahme von Vandalismus und Littering im öffentlichen Raum festzustellen. Speziell eingesetzte Massnahmen haben die erhoffte Wirkung nicht erreicht. Gespräche mit Verantwortlichen der Stadt Zofingen – etwa Schulleitungen, Hausdienst und BZZ – zeigen, dass die Absicht von vermehrter Polizeipräsenz und installierten Kameras an Hotspots begrüsst und gewünscht wird.

Die SVP-Fraktion sieht trotz Vorbehalten gegenüber Überwachung in diesem Fall das öffentliche Wohl im Vordergrund. Da die Regionalpolizei ihre Ressourcen anders priorisiert und etwa Waldwege oder Hundehalter kontrolliert, fehlt es an aktiver Präsenz im städtischen Raum. Kameras bieten eine kostengünstige, präventive Lösung und liefern bei Vorfällen verwertbare Beweise. Auch bei Ereignissen im erweiterten Umfeld, etwa Einbrüchen, können die Aufzeichnungen der Kantonspolizei helfen. Ein Beispiel aus dem BZZ zeigt die Wirtschaftlichkeit: Für 10 Kameras inklusive Server und Monitor fielen Gesamtkosten von 45'000 Franken an, also rund 4'500 Franken pro Kamera. Die Wartungskosten sind überschaubar. Der Bau des Oberstufenzentrums bietet aktuell die Gelegenheit, Kameras ohne teure Nachrüstung zu installieren. Die Dringlichkeit des Postulats wird deshalb klar befürwortet.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Der Stadtrat bedauert den Vorfall vom 4. Juli 2025 und zeigt sich betroffen, wie dies auch öffentlich geäussert wurde. Er hat rasch reagiert, insbesondere beim Hotspot Gemeindeschulhaus und weiteren neuralgischen Punkten. Den Vorwurf, die Repol schaue nicht hin, weist er entschieden zurück. Das Gemeindeschulhaus steht auf der Hotspot-Liste und wird regelmässig kontrolliert. Insgesamt besteht in Zofingen kein generelles Sicherheitsproblem. Der Stadtrat wird das Postulat fundiert beantworten und auch eine Einschätzung zu den Kameras liefern, wobei unterschiedliche Meinungen bestehen. Er empfiehlt, das Postulat nicht als dringlich zu erklären.

Attila Gygay, Einwohnerrat,

spricht für sich selbst und betont, dass das Postulat den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte vorliegt. Es handelt sich um einen Prüfauftrag, nicht um einen Umsetzungsauftrag. Die Meinungsbildung sei rasch möglich und man spart so eine Antwort des Stadtrats als Haltung. Befürwortet die Dringlichkeit, um die Sache direkt zu erledigen.

Anders Sjöberg, Einwohnerrat,

nennt die Kosten als Begründung für die Dringlichkeit. Er fragt, ob die sofortige Installation der Kameras deutlich günstiger sei als eine spätere Nachrüstung.

Andreas Rügger, Vizestadtpräsident

Geht davon aus, dass sich Anders Sjöbergs Aussage auf das Oberstufenzentrum bezieht. Da sich dieses noch in einer frühen Bauphase befindet, könnten Kameras auch später jederzeit installiert werden, ohne dass wesentliche Mehrkosten entstehen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung über sofortige Behandlung

Es wird mit 26:11 (ja/nein) Stimmen sofortige Behandlung des Postulats beschlossen.

Das Geschäft wird anschliessend an übrigen parlamentarische Vorstösse behandelt (Traktandum 10, Seite 24).

Traktandum 2

ER.2025.021

Ersatzwahl eines Stimmzählers/einer Stimmzählerin des Wahlbüros für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022–2025 (§ 4 Abs. 2 GO)

Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident

Irene Rügger, Stimmzählerin des Wahlbüros, ist im vergangenen Mai im Amt verstorben. Entsprechend ist für diese Funktion eine Ersatzwahl durchzuführen.

Eintreten ist nicht bestritten.

Das Büro des Einwohnerrats hat die Präsidien der politischen Parteien in Zofingen am 18. Juli 2025 über diese Ersatzwahl informiert und aufgefordert, allfällige Kandidaturen dem Büro des Einwohnerrats bis am 11. August 2025 mitzuteilen. Es sind keine Nominierungen eingegangen. Auf Empfehlung der Stadtkanzlei hat das Büro des Einwohnerrats dem Einwohnerrat einen entsprechenden Wahlvorschlag unterbreitet und schlägt **Irene Lehmann**, ehemalige Zivilstandsbeamtin der Stadt Zofingen und aktuelle Stimmzählerin der Ortsbürgergemeinde Zofingen, zur Wahl als **Stimmzählerin des Wahlbüros** vor.

Zum Auszählen der Stimmzettel werden folgende Personen vom Büro des Einwohnerrats vorgeschlagen:

- Fabian Grossenbacher, Stimmzähler Einwohnerrat
- Salome McNaught, Stimmzählerin Einwohnerrat
- Catrin Friedli, Vizestadtschreiberin
- Tom Eichenberger, Stadtweibel

Die Zusammensetzung des temporären Wahlbüros wird vom Einwohnerrat ohne Diskussion genehmigt. Da das Wort nicht weiter verlangt wird, werden die Wahlzettel eingezogen.

Hinweis zur Protokollführung

Während der Auszählung geht die Sitzung weiter. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll das Resultat gleich bei der Wahl.

Ergebnis der Ersatzwahl des Stimmzählers/der Stimmzählerin des Wahlbüros

Zahl der Mitglieder des Einwohnerrats:	40	
Zahl der Anwesenden:	38	
Eingegangene Wahlzettel:	38	
Abzüglich leerer Wahlzettel:	0	
Abzüglich ungültiger Wahlzettel:	0	
In Betracht fallende Wahlzettel:	38	
Absolutes Mehr:	20	
Stimmen haben erhalten:		
Irene Lehmann, neu:	38	Gewählt
Vereinzelte:	0	

Die Gewählte erklärt mündlich Annahme der Wahl.

Traktandum 3 – Einbürgerungen

ER.2025.022-027

Eintreten ist nicht bestritten.

Raphael Lerch, Referent FGPK

Die Einbürgerungskommission hat alle Gesuche geprüft und für in Ordnung befunden. Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat, allen Kandidierenden das Gemeindebürgerrecht von Zofingen zuzusichern.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmungen

ER.2025.022

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2025.023

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Joël Brünisholz trifft um 18:37 Uhr ein.

*Der Rat ist **aktuell mit 39 Mitgliedern verhandlungsfähig.***

ER.2025.024

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2025.025

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2025.026

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2025.027

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Die Einbürgerungen erfolgen mit Vorbehalt der Zustimmung des Grossen Rats des Kantons Aargau.

Diese Seite dient als Platzhalter.

Traktandum 4

ER.2025.028

Überbauung Untere Vorstadt – Einräumung eines Baurechts

Das Geschäft wurde gemäss vorstehender Beratung und Beschluss unter Traktandum 1 verschoben.

Traktandum 5

ER.2025.031

Abfallreglement – Revision

Eintreten ist nicht bestritten.

Thomas Affentranger, Referent FGPK

Das Geschäft zum revidierten Abfallreglement war in der FGPK kaum umstritten. Das bisherige Reglement stammt aus dem Jahr 2009. Seither hat die Bedeutung der Abfallbewirtschaftung zugenommen, die Anforderungen sind gestiegen und werden weiter steigen. Aufgrund dieser Entwicklung und drei hängigen Postulaten wurde in den letzten Jahren ein Abfall- und Wertstoffkonzept erarbeitet. Dabei fanden Gespräche mit Postulanten, Parteien, Gewerbe, Veranstalterinnen und Recyclingfirmen statt. Die Bevölkerung wurde in einem Mitwirkungsverfahren einbezogen.

Das Ergebnis ist eine übersichtliche und verständliche Vorlage sowie ein schlankes, praxisnahes Reglement. Die Einführung eines Nachhaltigkeitskonzepts und die Lösung mit Mehrweg-Geschirr gelten als sinnvoll und zeitgemäss. Das neue Reglement soll flexibel sein und rasch auf neue Gegebenheiten reagieren können.

Zurzeit wird eine Hilfestellung zum Nachhaltigkeitskonzept erarbeitet. Dabei stehen Fragen zur Abfallmenge, Verminderung und Alternativen im Zentrum. Ziel ist es, einen Dialog mit betroffenen Eltern zu fördern und kleinen Organisationen einfache, praxisnahe Unterstützung zu bieten.

In der Detailberatung wurde § 16 Abs. 2 diskutiert. Die FGPK beantragt, die Formulierung "grössere Mengen" zu streichen. Neu soll es heissen: "Es ist verboten, in den oder um die öffentlichen Abfallkörbe Siedlungsabfälle oder sperrige Gegenstände, die über die unterwegs anfallenden Abfälle hinausgehen, zu deponieren."

Mit dieser Änderung empfiehlt die FGPK einstimmig die Annahme des Antrags des Stadtrats. Zudem wird mit grosser Mehrheit die Abschreibung der drei hängigen Postulate empfohlen.

Thomas Affentranger, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Grünen Zofingen unterstützen die Haltung der FGPK und begrüssen das flexible, pragmatische System, das den Grundsatz der Abfallminderung berücksichtigt. Das Nachhaltigkeitskonzept ermöglicht eine gesamtheitliche Betrachtung. Entscheidend ist jedoch die Umsetzung: Es braucht gleich grosse Anstrengungen, ob bei der Einführung von Mehrweggeschirr oder bei der konkreten Umsetzung des Konzepts. Greenwashing soll vermieden werden. Die Fraktion beobachtet die weiteren Entwicklungen und sieht die Reduktion der Abfallmengen als zentrales Ziel. Sie stimmt den Anträgen zu.

Luc Zobrist, Fraktionsvotum (FDP/ZM)

Die FDP/ZM befürwortet die Revision des Abfallreglements und erachtet die Vorlage als notwendig, transparent und nachvollziehbar. Besonders wichtig ist der Fraktion die schlanke Lösung beim Mehrweggeschirr, die nun umgesetzt wurde. Veranstalter, insbesondere Grossveranstalter, sollen nicht überfordert werden, sondern durch ein umfassendes Nachhaltigkeitskonzept unterstützt werden.

Gespräche mit Veranstaltern zeigen, dass die Umsetzung für sie vor allem administrativen Aufwand bedeutet und ökologisch wenig Einfluss auf die Gesamtbilanz hat. Die FDP hofft auf Augenmass bei der Beurteilung durch die Stadt.

Obwohl die Fraktion die Vorlage unterstützt, spricht sie sich grundsätzlich gegen zusätzliche Reglemente und Konzepte für Veranstaltungen aus. Stattdessen sollen engagierte Personen weniger bürokratische Hürden erfahren. Bereits vor drei Jahren wurde ein Postulat zur Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens eingereicht, dessen Umsetzung nun erwartet wird.

Christian Schnider, Fraktionsvotum (glp)

Die GLP-Fraktion hat das Reglement geprüft und beurteilt es als schlank und zweckmässig, den heutigen Anforderungen entsprechend. Sie stimmt der Vorlage zu und begrüsst insbesondere die durchgeführte Vernehmlassung sowie die Integration des Nachhaltigkeitskonzepts anstelle einer Mehrwegpflicht.

Ein Kritikpunkt betrifft die Kosten der Grünabfuhr, die nicht direkt im Reglement, sondern in der Verordnung geregelt sind. Die Fraktion wünscht sich eine Überprüfung, da höhere Gebühren für die Grünabfuhr gegenüber der Schwarzabfuhr falsche Anreize setzen. Dieses Anliegen wurde auch mehrfach im Mitwirkungsverfahren geäussert. Sollte es Möglichkeiten zur Anpassung in der Verordnung geben, setzt sich die GLP dafür ein.

Claudia Schürch, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Die Fraktion unterstützt das Abfallreglement und stellt einen Änderungsantrag. Zwar wird im Reglement auf invasive Neophyten eingegangen, doch gilt grundsätzlich, dass sämtliche Entsorgungen kostenpflichtig sind. Die Initiative von Michael Wacker zum Neophyten-Sack zeigt, dass die Stadt Zofingen Anreize schaffen will, um eine fachgerechte Entsorgung zu fördern. Deshalb beantragt die Fraktion, das Abfallreglement wie folgt zu ergänzen: Neu § 19 Abs. 5 – "Der Stadtrat kann für die Entsorgung von invasiven Neophyten auf die Abfallgebühr verzichten." Die Fraktion bittet um Unterstützung dieses Antrags.

Raphael Lerch, Fraktionsvotum (SVP)

Die Fraktion unterstützt das Reglement grundsätzlich. Überraschend ist, dass für ein Abfallreglement noch juristische Personen beigezogen werden müssen – trotz des kantonalen Musterreglements. Zur Grünabfuhr wird angemerkt, dass es an der Zeit wäre, diese kostendeckend zu gestalten, da sie 2024 ein Defizit von 20'000 Franken aufweist.

Bezüglich Veranstaltungen, insbesondere dem Heitere Openair, spricht sich die Fraktion gegen zusätzliche Auflagen aus. Kreative Initiativen sollen nicht behindert, sondern unterstützt werden. Die Stadt könne von den Ideen und der Umsetzungskraft der Veranstalter profitieren. Nach dem Heitere sei der Platz jeweils besonders sauber – ein Zeichen für funktionierende Abläufe. Die Fraktion hofft, dass künftig nicht noch mehr Vorschriften eingeführt werden.

Franziska Kremer, Fraktionsvotum (SP)

Die SP-Fraktion stimmt dem revidierten Abfallreglement zu. Die Vorlage ist transparent und umfassend, ihre Ausarbeitung hat Zeit gebraucht, ist aber unterstützenswert. Der Gedanke der Nachhaltigkeit und die Abfallreduktion sind zentrale Anliegen. Es geht nicht nur um die fachgerechte Entsorgung, sondern auch darum, dass jede Person und die Stadt Zofingen insgesamt möglichst wenig Abfall produziert. Die drei hängigen Postulate werden ebenfalls zur Abschreibung empfohlen.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Der Stadtrat bedankt sich für die Würdigung der Vorlage und nimmt die eingebrachten Anträge gerne auf. Der Antrag der FGPK stellt eine leichte Verschärfung dar, schafft jedoch eine klare Rechtsgrundlage. Auch der Antrag von Claudia Schürch wird übernommen, mit dem Ziel, sicherzustellen, dass im Neophyten-Sack keine anderen Abfälle entsorgt werden.

Abfall und dessen Entsorgung sind komplexe Themen. Dies wurde bei einem Fachvortrag zur zeitgemässen Abfallbewirtschaftung bewusst. Die Aussage "Abfall hat es immer schon gegeben, Abfall wird es immer geben, nur die Art wird sich ändern" trifft den Kern. Beispiele wie der Rückgang von Glasflaschen durch PET-Flaschen seit den späten 1980er-Jahren oder die Zunahme von Kartonabfall durch den Onlinehandel zeigen, wie sich die Abfallzusammensetzung verändert. Auch neue Gewohnheiten wie Take-away, Kaffeekapseln oder Energydrinks in Aludosen beeinflussen die Abfallmenge. Die Abfallwirtschaft muss pragmatisch und zielgerichtet auf diese Entwicklungen reagieren. Das neue Reglement und die ergänzende Verordnung sollen genau das leisten. Für Veranstaltungen auf öffentlichem Grund wird eine einfache Lösung angeboten: Statt einer fixen Mehrwegpflicht kann ein Abfall- und Nachhaltigkeitskonzept eingereicht werden. Veranstalter werden in die Verantwortung genommen, ohne überfordert zu werden, und sollen für das Thema sensibilisiert werden.

Das grösste Potenzial zur Abfallvermeidung sieht der Stadtrat im Alltag der rund 13'000 Menschen in Zofingen. Noch immer landen zu viele kompostierbare Abfälle im Abfallsack, obwohl die Grünabfuhr eine einfache Alternative bietet. Nur etwa 9% des Plastikabfalls wird schweizweit gesammelt. Eine Verhaltensänderung könnte neue Lösungen wie separate Plastiksammlungen oder den Ausbau von Sammelstellen ermöglichen – ökologisch und organisatorisch sinnvoll bei höherem Volumen. Der Stadtrat verfolgt mit dem Reglement keine ideologischen Ziele, sondern möchte praktikable Rahmenbedingungen schaffen und alle – Veranstalter, Firmen und Privatpersonen – zur Abfallvermeidung, -trennung und -verwertung motivieren. Fortschritt entsteht nicht im Reglement, sondern im Alltag: beim Einkaufen, zu Hause und in der Küche.

Abschliessend spricht der Stadtrat einen grossen Dank aus an die involvierten Personen vom Werkhof für ihre hervorragende Arbeit am Abfallreglement, der Verordnung und dem Wertstoffkonzept.

Detailberatung

Änderungsantrag Michael Wacker (FGPK)

§16 Abs. 2 sei wie folgt abzuändern: "Es ist verboten, in den oder um die öffentlichen Abfallkörbe Siedlungsabfälle oder sperrige Gegenstände, die über die unterwegs anfallenden Kleinabfälle hinausgehen, zu deponieren."

Abstimmung

Dem Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Änderungsantrag Claudia Schürch (EVP-Die Mitte)

§ 19 des Abfallreglements sei mit Abs. 5 (neu) wie folgt zu ergänzen: "Der Stadtrat kann für die Entsorgung von invasiven Neophyten auf die Abfallgebühr verzichten."

Abstimmung

Dem Änderungsantrag wird mit 27:8 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

1. Das revidierte Abfallreglement sei zu genehmigen und per 1. Januar 2026 in Kraft zu setzen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

2. Das Postulat (ER.2019.053) von Michael Wacker (SP) vom 24. Juni 2019 betreffend "Unterflursammelstellen auf dem Gebiet der gesamten Einwohnergemeinde Zofingen" sei abzuschreiben.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

3. Das Postulat (ER.2020.152) von Gian Guyer (Grüne) vom 22. Juni 2020 betreffend "Mehrweggeschirr an öffentlichen Anlässen" sei abzuschreiben.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

4. Das Postulat (ER.2021.197) von Gian Guyer (Grüne/Alternative) vom 21. Juni 2021 betreffend "Abfalltrennung an öffentlichen Plätzen in Zofingen" sei abzuschreiben.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 6

Eintreten ist nicht bestritten.

ER.2025.012

Interpellation von Michael Wacker (SP) vom 17. März 2025 betreffend "Finanzielle Auswirkungen des ersten Umsetzungspakets der Steuergesetzrevision und der Abschaffung des Eigenmietwerts auf die Gemeinde Zofingen"; Beantwortung Stadtrat

Michael Wacker, Einwohnerrat (Interpellant),
ist mit der Beantwortung zufrieden.

Traktandum 7

Eintreten ist nicht bestritten.

ER.2025.013

Interpellation von Michael Wacker (SP) vom 17. März 2025 betreffend "Strompreise in Zusammenhang mit der Einspeisevergütung der StWZ"; Beantwortung Stadtrat

Michael Wacker, Einwohnerrat (Interpellant),
dankt dem Stadtrat für die umfangreiche Antwort zur Interpellation, unabhängig davon, ob sie persönlich zufriedenstellend ist. Greift einen Punkt auf, der bereits vor rund zwei Jahren von Attila Gygax eingebracht wurde, als es um Qualitäts- und Verfahrensrichtlinien im Gestaltungsplan ging. Damals wurde eine saloppe Antwort und ein entsprechend oberflächliches Merkblatt vorgelegt, das Postulat wurde abgeschrieben. Gemäss § 48 Absatz 1 der Bau- und Nutzungsordnung Zofingen hat der Einwohnerrat sechs Reglemente erlassen: Altstadt-, Grabengarten-, Naturschutz-, Baugebühren-, Reklame- und Energiereglement. In der Interpellationsantwort wird das Energiereglement vorgeschlagen. Dankt dem Stadtrat für den Steilpass zur Motion und kündigt an, die Randbedingungen nun zu definieren.

Traktandum 8

ER.2020.165

Postulat von Gian Guyer (Grüne) vom 23. November 2020 betreffend "Erstellen eines Baumkonzepts"; Bericht Stadtrat

Eintreten ist nicht bestritten.

Jürg Kast, Einwohnerrat

Die Grünen nehmen den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis und begrüßen die erarbeiteten Grundlagen wie das Leitbild für Bäume, den Baumkataster sowie die in Arbeit befindlichen verbindlichen Massnahmen. Dennoch zeigen sie sich nur mässig zufrieden, da die Leitlinien nicht mit konkreten Umsetzungen verknüpft sind und ein klares Konzept fehlt. Es mangelt an präzisen Zielsetzungen und an Aussagen zur Eignung der Baumarten. Im Vergleich zu Rapperswil-Jona, wo geeignete Baumarten klar definiert sind, bleibt dies in der Vorlage unklar. Zudem fehlen greifbare Massnahmen zur Förderung des privaten Baumbestands sowie konkrete Instrumente für dessen Erhalt und Weiterentwicklung. Aus diesen Gründen empfehlen die Grünen, das Konzept und die Instrumente nicht abzuschreiben.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Die Vorlage dokumentiert die bisherigen Arbeiten des Stadtrats, der gemeinsam mit dem zuständigen Team intensiv am Thema gearbeitet hat. Die Leitlinien bilden das zentrale Instrument und definieren den Rahmen. Konkrete Massnahmen sowie deren Priorisierung werden am Mittwoch im Stadtrat diskutiert. Aus Sicht des Stadtrats ist der Kernpunkt des Postulats erfüllt, weshalb er die Abschreibung empfiehlt.

Fabian Grossenbacher, Einwohnerrat

Die Fraktion nimmt die Vorlage zur Kenntnis und stimmt der Abschreibung zu. Sie interessiert sich jedoch für die Kosten des Projekts, da eine interne Fachperson grundsätzlich für die Begutachtung zur Verfügung gestanden hätte.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Die externe Begleitung hat rund 25'000 Franken gekostet. Eine interne Umsetzung wäre aus Ressourcengründen nicht möglich gewesen, da die Kapazitäten im zuständigen Bereich fehlten.

Michael Wacker, Einwohnerrat,

nimmt Bezug auf die letzte Sitzung der Kommission Natur und Landschaft, in der das Konzept vorgestellt wurde. Dabei wird betont, dass nicht nur die Kosten relevant sind, sondern auch unbezahlte Arbeit geleistet wurde. Als engagierte Person für den Erhalt und die Förderung von Bäumen hält er fest, dass noch Arbeit bevorsteht. Dennoch sei es das erste Konzept in Zofingen, das konkrete oder zumindest angedachte Massnahmen enthält. Die Grundlage und die Umsetzung werden als sehr gelungen beurteilt. Stadtrat, Verwaltung und Kommissionen hätten ihre Aufgaben erfüllt. Ob die Abschreibung heute oder erst in einem Jahr erfolgt, sei aus ihrer Sicht nebensächlich, da der Inhalt angekommen sei und die Umsetzung bereits laufe.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

1. Vom Bericht des Stadtrats zum Postulat sei Kenntnis zu nehmen.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 34:5 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

2. Das Postulat sei abzuschreiben.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 27:12 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Traktandum 9

Haltung Stadtrat zu drei Postulaten betreffend Immobilienstrategie

ER.2021.215

Postulat von Béatrice Zinniker (FDP) vom 22. November 2021 betreffend "Immobilienstrategie und Verschuldungssituation Einwohnergemeinde Zofingen"

ER.2024.031

Postulat von Hans Rudolf Sommer (FGPK) vom 24. Juni 2024 betreffend "Immobilienstrategie"

ER.2024.042

Postulat von Raphael Lerch (SVP) vom 25. November 2024 betreffend "Prüfung von Verkäufen von Liegenschaften des Finanzvermögens"

Eintreten ist nicht bestritten.

Hans Rudolf Sommer, Einwohnerrat (Postulant)

Die FGPK begrüsst, dass der Stadtrat die Forderungen der Postulanten teilt und das Postulat entgegennehmen will. Sie anerkennt die Bedeutung einer vorausschauenden und nachhaltigen Immobilienentwicklung und den festgestellten Nachholbedarf. Der Stadtrat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit zwei Hauptthemen befasst: der Schulraumplanung und einer Strategie für die Finanzliegenschaften. Die Stadt Zofingen besitzt rund 100 Gebäude mit einem Gebäudeversicherungswert von etwa 350 Mio. Franken – deutlich mehr als vergleichbare Gemeinden wie Lenzburg mit 220 Mio. Franken. Der Grossteil der Liegenschaften gehört zum Verwaltungsvermögen, nur wenige zum Finanzvermögen. Die FGPK empfiehlt, eine umfassende Liegenschaftenstrategie für alle städtischen Gebäude, Liegenschaften und Anlagen zu entwickeln und unterstützt die Überweisung der drei Postulate gemäss Antrag des Stadtrats.

Béatrice Zinniker, Einwohnerrätin (Postulantin),

zeigt sich erleichtert über die Stellungnahme des Stadtrats zum Postulat, kritisiert jedoch die lange Wartezeit von fast vier Jahren bis zur Kommunikation einer Haltung. Dieses Vorgehen wirft Fragen zur Wirksamkeit des politischen Mitwirkungsrechts auf. Das Postulat fordert eine klare Strategie für jene Liegenschaften, die weder einer öffentlichen Aufgabe dienen noch strategische Bedeutung haben. Bereits 2021 war die Dringlichkeit ersichtlich, da grosse Investitionen und steigende Verschuldung bevorstanden. Das städtische Liegenschaftsportfolio müsse dringend bereinigt werden. Reine Anlageobjekte ohne strategischen Zweck sollen abgestossen werden, da deren Verwaltung nicht zum öffentlichen Auftrag gehöre. Verkaufserlöse könnten zur Finanzierung von Investitionen und zur Reduktion der Verschuldung beitragen. Zudem binden die vielen Liegenschaften personelle Ressourcen in der Verwaltung. Positiv wird vermerkt, dass inzwischen eine verwaltungsinterne Gruppe eingesetzt wurde, die sich dem Thema widmet. Es wird gefordert, den Prozess nun ernsthaft voranzutreiben und konkrete Massnahmen einzuleiten. Die Überweisung des Postulats gemäss Antrag des Stadtrats wird unterstützt.

Raphael Lerch, Einwohnerrat (Postulant)

Das Postulat wird als selbsterklärend betrachtet. Es betrifft zwei Liegenschaften im Finanzvermögen, die keine strategische Funktion erfüllen. Er zeigt sich gespannt, welche Lösungen der Stadtrat für diese konkreten Fälle erarbeitet. Er begrüsst die Absicht des Stadtrats, das Postulat zu überweisen, und bittet um Zustimmung.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Ein Ratsmitglied betont, dass die Meinung von Beatrice Zinniker zur Veräusserung von Liegenschaften im Finanzvermögen nicht die einzige ist. Zwar bestehe Einigkeit über die Notwendigkeit einer Strategie, doch wird darauf hingewiesen, dass der Kanton Basel-Stadt und die Stadt Basel rund 50 % ihrer Einnahmen über Baurechtszinsen und Mieterträge aus Liegenschaften generieren – auch das könne eine Strategie sein. Offen bleibe, ob und wie Zofingen diesen Weg gehen soll. Mit Nachdruck wird kritisiert, dass insbesondere die Abteilung Hochbau im Bereich der Verwaltungsliegenschaften zu wenig leiste – dies grenze an Arbeitsverweigerung. Der grösste strategische Bedarf bestehe bei Objekten wie Spittelhof, Badi und Rathaus, die alle dem Verwaltungsvermögen zugeordnet sind. Die Strategie müsse dringend auch auf diese Liegenschaften ausgerichtet werden.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin,

bedankt sich für die verschiedenen Voten und anerkennt, dass die Antwort des Stadtrats lange auf sich warten liess. Gleichzeitig wird betont, dass intensiv am Thema gearbeitet wird und die Immobilienstrategie nicht erst seit heute oder den letzten vier Jahren aktuell ist. Der Stadtrat begleitet das Thema seit Langem. Eine Strategie zu entwickeln erscheine zwar einfach, sei aber komplex und mit vielen Ansprüchen und Verknüpfungen verbunden. Der Stadtrat habe das Thema aufgenommen und werde eine entsprechende Vorlage ausarbeiten. Die Unterstützung wird verdankt.

Andreas Rüegger, Vizestadtpräsident,

ergänzt, dass die Abteilung nie planlos mit den städtischen Liegenschaften umgegangen sei. Die Strategie sei dem Einwohnerrat mehrfach erläutert worden. Es existieren entsprechende Instrumente, viele Abläufe wurden über Excel-Listen gesteuert, Unterhalt und Betrieb wurden organisiert. Ein formelles Strategiepapier, wie es vom Einwohnerrat erwartet wird, lag bisher jedoch nicht vor. Trotzdem erfolge die Arbeit stets strukturiert und zielgerichtet.

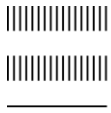
Daniela Nadler, Einwohnerrätin,

stellt die Frage, was mit dem Verwaltungsvermögen geschieht, wenn alle Postulate überwiesen werden. In der Stellungnahme des Stadtrats wird klar, dass sich die Arbeitsgruppe auf zwei Hauptschwerpunkte konzentriert: die Schulraumplanung und die Strategie für die Finanzliegenschaften. Da Schulliegenschaften nur einen Teil des gesamten Verwaltungsvermögens ausmachen, wird eine klare Antwort verlangt, ob und wie auch die übrigen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen in die Strategie einbezogen werden.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin,

bestätigt, dass eine übergeordnete Strategie verfolgt wird, wie bereits von Hans Rudolf Sommer erwähnt. Diese umfasst auch die Verwaltungsliegenschaften. Die Schulraumplanung wird explizit genannt, da sie besonders dynamisch ist. Dennoch werden die Verwaltungsliegenschaften ebenfalls in die strategischen Überlegungen einbezogen und waren es schon immer.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.



Abstimmungen

1. Das Postulat von Béatrice Zinniker (FDP) vom 22. November 2021 betreffend "Immobilienstrategie und Verschuldungssituation Einwohnergemeinde Zofingen" sei an den Stadtrat zu überweisen

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 38:1 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

2. Das Postulat von Hans Rudolf Sommer (FGPK) vom 24. Juni 2024 betreffend "Immobilienstrategie" sei an den Stadtrat zu überweisen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

3. Das Postulat von Raphael Lerch (SVP) vom 25. November 2024 betreffend "Prüfung von Verkäufen von Liegenschaften des Finanzvermögens" sei an den Stadtrat zu überweisen.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 37:2 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Traktandum 10

ER.2025.033

Postulat von René Schindler (SVP) vom 15. September 2025 betreffend "Erhöhung der Sicherheit durch verstärkte Polizeipräsenz und Kameraüberwachung an neuralgischen Orten"; Haltung Stadtrat

Eintreten ist nicht bestritten.

Diskussion über Überweisung

René Schindler, Einwohnerrat (Postulant)

Die Installation von Überwachungskameras zeigt ein deutliches Kosten-Nutzen-Verhältnis. Am BZZ Zofingen wurden 10 Kameras installiert, die Gesamtkosten inklusive Server und Monitor betragen CHF 45'000, also CHF 4'500 pro Kamera. Die jährlichen Wartungskosten liegen bei CHF 800. Vor der Installation verursachten Vandalismus und Littering Schäden zwischen CHF 5'000 und CHF 80'000 pro Jahr – insbesondere nach einem Fassadenbrand am 1. August. Durchschnittlich lagen die Kosten bei CHF 20'000 bis CHF 30'000 jährlich. Nach der Installation sanken sie auf rund CHF 2'000 pro Jahr, was einer Reduktion von etwa 80 % entspricht.

Auch die Schule Oftringen berichtet von positiven Erfahrungen. Dort wurden beim neuen Schulhaus Oberfeld 35 Kameras installiert. Einige davon dürfen rund um die Uhr betrieben werden, etwa beim Veloständer, wo regelmässig Vandalismus vorkommt.

Die Beispiele zeigen, dass Kameras zur Stärkung des Sicherheitsgefühls und zur Bekämpfung von Vandalismus und Littering beitragen. Die Fraktion fordert eine rasche Zustimmung zum Postulat, um zeitnah Lösungen umzusetzen.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Im Rahmen des Postulats wird gefordert, dass Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit geprüft werden. Dies bedeutet nicht automatisch die Installation von Videokameras. Der Auftrag verlangt eine Prüfung, nicht eine Umsetzung. Der Stadtrat zeigt sich bereit, diese Prüfung vorzunehmen. Eine Entscheidung über die konkrete Installation von Kameras steht heute Abend nicht an. Auch Hochbau und Schule werden dazu Stellung nehmen.

Lukas Fankhauser, Stadtrat,

weist darauf hin, dass Kameras das Problem nicht lösen, sondern lediglich verlagern. Erfahrungen zeigen zwar, dass an überwachten Orten weniger Vandalismus und Littering vorkommen, doch die unerwünschten Handlungen verschieben sich oft an andere Stellen. Die Schule setzt sich für gepflegte Pausenplätze ein, befürchtet jedoch, dass sich das Problem verlagert und laufend neue Kamerastandorte nötig würden. Deshalb stellt sich die Frage, ob es neben Kameras auch andere wirksame Massnahmen gibt, was im Rahmen der Prüfung ebenfalls berücksichtigt werden sollte.

René Schindler, Einwohnerrat

Im Postulat wird unter Punkt 2 die Prüfung und mögliche Umsetzung einer Videoüberwachung gefordert. Dabei geht es nicht um eine flächendeckende Einführung, sondern um gezielte Massnahmen, die nicht ausarten sollen. Auch wenn sich gewisse Probleme verlagern können, zeigt sich am Beispiel Schulhaus, dass bereits einfache und rasch umsetzbare Lösungen eine spürbare Verbesserung bringen. Die Wirkung ist effektiv und die Kosten für die Steuerzahlenden bleiben überschaubar. Diese Einschätzung wird auch von Lukas Fankhauser geteilt.

Carla Fumagalli, Einwohnerrätin

Die Fraktion GLP unterstützt das Postulat im Sinne einer sorgfältigen Prüfung. Sicherheit ist ein komplexes Thema, einfache Lösungen greifen oft zu kurz. In Zofingen bestehen gemäss verschiedenen Einschätzungen Probleme wie Substanzmissbrauch und Gewalt unter Jugendlichen, wobei die Lage je nach Perspektive unterschiedlich beurteilt wird. Die Repol sieht derzeit keine akute Problematik.

Wichtig ist eine fundierte Analyse der Ausgangslage: Wo bestehen Hotspots, welche Grundprobleme liegen vor? Es sollen nicht nur Symptome bekämpft oder Probleme verlagert werden. Relevante Akteure wie Repol, Jugendarbeit, schulsoziale Dienste und Lehrpersonen müssen einbezogen werden, um eine objektive Grundlage zu schaffen. Erst danach sollen geeignete Massnahmen geprüft und gegebenenfalls umgesetzt werden – auch alternative, nachhaltigere Lösungen. Die Fraktion stimmt der Überweisung des Postulats zu.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Das Postulat verlangt sowohl Prüfung als auch Umsetzung von Massnahmen. Dafür gelten rechtliche Voraussetzungen. Im Kanton Aargau benötigt der Stadtrat für jede Umsetzung einen bewilligten Kredit – sei es über das Budget, eine Kreditvorlage oder einen Verpflichtungskredit. Einzig über einen Nachtragskredit könnte eine Massnahme kurzfristig bewilligt werden, wobei auch dort finanzrechtliche Vorgaben gelten. Die kantonale Finanzaufsicht beurteilt solche Kredite unter anderem nach Dringlichkeit, die bei Einzelfällen nicht zwingend gegeben ist. Daher dürfte die Umsetzung regulär über den Budgetprozess erfolgen.

Kritisch betrachtet wird zudem Punkt 1 des Postulats, der eine vermehrte Polizeipräsenz in den Abendstunden fordert – und dies kostenneutral. Da solche Einsätze zusätzliche Ressourcen erfordern, etwa mehr Personal oder eine veränderte Einsatzdoktrin, ist eine kostenneutrale Umsetzung unrealistisch. Es stellt sich die Frage, wie diese Forderung konkret erfüllt werden soll.

Luc Zobrist, Einwohnerrat

Für die FDP/ZM ist Sicherheit ein zentrales Anliegen. Die Bevölkerung meldet problematische Entwicklungen und Vorfälle, weshalb die Stadt in der Verantwortung steht, geeignete Massnahmen zu prüfen. Gleichzeitig bestehen Vorbehalte gegenüber Videoüberwachung, insbesondere flächendeckender Überwachung, da dies nicht mit der liberalen Grundhaltung vereinbar ist. Sollte eine Umsetzung erfolgen, müsste sie gezielt und mit Bedacht erfolgen.

Das Postulat wird als Prüfauftrag verstanden, wie auch von Carla Fumagalli betont. Eine konkrete Umsetzung wäre nur über eine Motion möglich. Solange es sich um eine Prüfung handelt, stimmt die FDP/ZM dem Postulat zu, damit der Stadtrat die Situation analysieren und sinnvolle Massnahmen vorschlagen kann.

Rahel Gassner, Einwohnerrat

Die Forderung nach einer kostenneutralen Umsetzung wird als nachvollziehbar betrachtet. Es handelt sich um einen Prüfauftrag, nicht um eine sofortige Umsetzung. Es besteht Vertrauen in die Polizei, dass sie ihre Ressourcen so umverteilen kann, dass an neuralgischen Orten zu kritischen Zeiten eine verstärkte Präsenz möglich ist – ohne zusätzliche Kosten. Dabei geht es nicht um neue Aufgaben, sondern um eine gezielte Anpassung von Dienst- und Einsatzplänen. Der Prüfauftrag wird zeigen, ob dies realisierbar ist. Die Fraktion unterstützt die Überweisung und wartet die Ergebnisse ab.

Andreas Rügger, Vizestadtpräsident

Sollte das Postulat überwiesen werden, muss die Umsetzung unter Berücksichtigung rechtlicher Vorgaben weiter geprüft werden. Die Stadt Zofingen verfügt über ein Reglement zur Videoüberwachung, das auf kantonalen Grundlagen basiert – insbesondere auf dem Gesetz über die Information

der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen (IDAG). Dieses Gesetz stellt strenge Anforderungen.

Selbst wenn der Stadtrat eine Einführung von Videoüberwachung befürwortet, muss der Kanton die Massnahme zuerst genehmigen. Das zeigt sich am Beispiel des BZZ, wo der Datenschutz sehr genau geprüft wurde. Dort wurden 10 Kameras installiert, die nur einen kleinen Teil des Areals abdecken. Gemäss Reglement ist ersichtlich, dass eine Kamera nur einen begrenzten Sektor erfassen kann. Dunkle Ecken bleiben bestehen und müssen ausgewiesen werden. Eine vollständige Sicherheit lässt sich mit Videoüberwachung daher nicht erreichen.

Claudia Schürch, Einwohnerrat

Das Postulat wird als doppeldeutig wahrgenommen. Einerseits fordert es konkrete Massnahmen, was als Misstrauensvotum gegenüber der Polizei gedeutet wird – mit der Annahme, dass sie ihre Aufgaben nicht korrekt erfüllt. Andererseits wird es als allgemeiner Prüfauftrag verstanden, was ebenfalls kritisch gesehen wird, da die Polizei ohnehin laufend ihre Einsatzstrategie überprüft und optimiert. In beiden Lesarten fehlt aus Sicht der Sprecherin ein triftiger Grund, der Polizei zu misstrauen oder ihre Kompetenz infrage zu stellen. Deshalb wird das Postulat nicht unterstützt.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Der Stadtrat ist bereit, das Postulat zu übernehmen, da es eine Prüfung von Massnahmen vorsieht und innerhalb seiner Kompetenz auch eine Umsetzung oder Antragstellung an den Einwohnerrat ermöglicht. Die Polizei analysiert regelmässig die Sicherheitslage und identifiziert Gefahrenbereiche, wobei das Gewaltpotenzial im häuslichen Umfeld als besonders hoch eingestuft wird. Zudem wurde die aufsuchende Jugendarbeit eingeführt, die bereits positive Ergebnisse zeigt. Bei der Prüfung weiterer Massnahmen wird eine breite Palette berücksichtigt, um die Sicherheit in Zofingen nachhaltig zu stärken. Auch die Videoüberwachung kann Teil dieser Prüfung sein. Eine definitive Zustimmung zur Installation weiterer Kameras erfolgt heute jedoch nicht – es geht um eine fundierte Analyse, was künftig sinnvoll ist.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin

Im Zentrum der Diskussion stehen zwei Aspekte: Erstens führt Videoüberwachung oft nur zu einer Verlagerung der Problematik. Zweitens überprüft die Polizei laufend ihre Ressourcennutzung und würde bei Bedarf entsprechende Anträge stellen. Trotz sicherheitsaffiner Haltung entsteht der Eindruck, dass das Postulat vor allem die Verwaltung zusätzlich belastet, die eigentlich effizient und kostensensibel arbeiten sollte. Aus dieser Sicht erscheint eine Überweisung des Postulats nicht zielführend und wird abgelehnt.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident

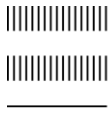
Die Abstimmung über das Postulat der SVP erfolgt mit dem Hinweis, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt und nicht um einen direkten Umsetzungsauftrag. Der Stadtrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen und im Rahmen seiner Kompetenzen Massnahmen zu prüfen und gegebenenfalls Anträge zu stellen. Der Antrag lautet deshalb, ob das Postulat an den Stadtrat überwiesen werden soll oder nicht.

Abstimmung

Das Postulat sei an den Stadtrat zu überweisen.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 22:17 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Die Vorstösse sind auf www.zofingen.ch/einwohnerrat einsehbar.



Traktandum 11 – Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Attila Gygax, Einwohnerrat

Vor wenigen Wochen ereignete sich im Brunngraben ein tragischer Unfall auf einem Platz, der regelmässig von der Schule für den Unterricht genutzt wird. Es stellt sich die Frage, ob die von Kindergärten und Schule häufig besuchten Waldplätze jährlich durch einen Förster kontrolliert werden.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Die Spielplätze werden regelmässig kontrolliert – und zwar häufiger als einmal jährlich. Nach dem Unfall im Brunngraben hat der zuständige Forstbetrieb Uerkental die Situation nochmals geprüft, insbesondere im Bereich der Spielgruppen. Die Sicherheit ist dort gewährleistet. Der Unfall wird derzeit abgeklärt.

Anders Sjöberg, Einwohnerrat

Kostbar befindet sich im unteren Vorstadtareal. Es wird gefragt, ob die Stadt Möglichkeiten prüft oder sich aktiv darum bemüht, ein alternatives Lokal für Kostbar zu finden. Falls dies nicht der Fall ist, wird angeregt, im Saal einen Aufruf zu starten: Wer ein passendes Lokal anbieten kann, soll sich melden.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Für Kostbar werden derzeit alternative Standorte geprüft. Die Stadt steht auch mit DOMUM im Gespräch, wo sich eventuell ein geeigneter Ort ergeben könnte – was der Stadtrat sehr begrüssen würde. Weitere Angebote aus der Bevölkerung sind ebenfalls willkommen und werden als sehr hilfreich erachtet.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Die Stelle der Leitung Stadtentwicklung in Zofingen war bis vor wenigen Tagen mit einem Pensum von 80–100 % ausgeschrieben. Es wird nach dem Grund für die Ausschreibung gefragt und weshalb die Position vakant geworden ist.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Die bisherige Leiterin Stadtentwicklung hat gekündigt. Die Gründe sind vielfältig: fehlender Rhythmus von Beginn an, bereichsübergreifende Zusammenarbeit, hohe Projektvielfalt und zahlreiche Altlasten. In der Vergangenheit wurden zu wenige Ressourcen in das komplexe Thema investiert. Die Stelle wurde erneut ausgeschrieben und es sind qualifizierte Bewerbungen eingegangen. Der Stadtrat ist zuversichtlich, eine geeignete Nachfolge zu finden.

Michèle Graf, Einwohnerrätin

Ein Einwohner hat dem Stadtrat vor einiger Zeit eine Anfrage geschickt, ob beim Gemeinschaftsgrab auf dem Friedhof eine Tafel mit den Namen der Verstorbenen angebracht werden kann. Da bisher keine Antwort erfolgt ist, wird nach dem Stand der Prüfung und dem weiteren Vorgehen gefragt.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Die Verwaltung arbeitet derzeit am Friedhofsreglement. Sobald dieses bearbeitet ist, wird auch das Anliegen zur Tafel beim Gemeinschaftsgrab darin aufgenommen.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin,

ergänzt, dass die Rückmeldung an die Person, die das Anliegen zur Namenstafel beim Gemeinschaftsgrab eingebracht hat, rasch erfolgt sei. Da für die Umsetzung eine Reglementsänderung nötig ist, wird das Thema im Rahmen dieser Anpassung behandelt.

Franziska Kremer, Einwohnerrätin

Auf der Museumswiese finden Bauarbeiten statt oder sind kürzlich erfolgt. Es wird gefragt, ob der Weg dort nun behindertengerecht oder zumindest behindertengerechter gestaltet wird, damit er für alle Personen in Zofingen gut begehbar und befahrbar ist – insbesondere nachdem eine umfassende Umgestaltung nicht mehr vorgesehen ist.

Andreas Rüeegg, Vizestadtpräsident

Die Museumswiese liegt im Umfeld eines kantonal denkmalgeschützten Objekts. Eine Umgestaltung muss mit dem Denkmalpfleger abgestimmt werden. Die Stadt steht dazu in engem Kontakt und befindet sich auf gutem Weg. Eine behindertengerechte Ausgestaltung hat gute Chancen auf Umsetzung, auch wenn die genauen Details noch offen sind.

Daniela Nadler, Einwohnerrätin

Es wird gefragt, wie lange ein ehemaliges Stadtratsmitglied seine Mandatsaufgaben weiter ausüben darf und wer darüber entscheidet.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Ein ehemaliges Stadtratsmitglied kann ein Mandat so lange übernehmen, wie es dafür gewählt wird. Im Zusammenhang mit Verwaltungsräten besteht die Möglichkeit, dass der Stadtrat das Mitglied bestimmt. Die betreffende Person übernimmt dann eine andere Rolle, die nicht mehr direkt in die städtische Politik hineinwirkt. Die Rollentrennung ist somit klar geregelt.

Raphael Lerch, Einwohnerrat

Das neue Abfallreglement wurde heute beschlossen. Es wird gefragt, wie lange es noch dauert, bis ein neues Parkreglement für den Thut-Platz in der Altstadt sowie für das gesamte Gemeindegebiet vorliegt.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Am Parkgebührenreglement wird weiterhin gearbeitet. Andere wichtige Geschäfte wurden priorisiert, weshalb sich die Erarbeitung verzögert. Die Vorlage soll im Laufe des nächsten Jahres vorliegen.

Carla Fumagalli, Einwohnerrätin

Im Zusammenhang mit den heutigen Diskussionen wird gefragt, ob sich im Bereich Drogenkonsum und Jugendgewalt eine Verschärfung oder Problematik abzeichnet oder ob der Stadtrat keine entsprechenden Entwicklungen beobachtet.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Die Polizei erhält regelmässig Rückmeldungen und Hinweise zum Thema Drogen, denen sie systematisch nachgeht. Es hat sich jedoch gezeigt, dass kein akutes Drogenproblem besteht – etwaige Beobachtungen wie weisses Pulver haben sich nicht als Drogen herausgestellt. Hinweise aus der Bevölkerung sind dennoch weiterhin willkommen, um Gerüchten gezielt entgegenwirken zu können.

Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident

Der Einwohnerratspräsident bedankt sich für die engagierte Debatte. Aufgrund weniger Geschäfte entfällt die Einwohnerratssitzung vom Montag, 20. Oktober 2025. Die nächste Sitzung findet demnach am Montag, 24. November 2025 statt.

Zofingen, 7. November 2025

EINWOHNERRAT ZOFINGEN



Matthias Hostettler
Einwohnerratspräsident



Patrick Siegrist
Einwohnerratssekretär